Deutscher Bundestag **Drucksache 21/7897**

21. Wahlperiode 07.09.2026

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Claudia Roth, Ayse Asar, Schahina Gambir, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 21/7584 –

Auslaufen der vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung geförderten Hochschulkooperationsprogramme des Deutschen Akademischen Austauschdienstes und Folgen für die deutsche Außenwissenschafts- und Entwicklungspolitik

Vorbemerkung der Fragesteller

Hochschulkooperationen mit Ländern des Globalen Südens sind ein zentrales Instrument deutscher Außen-, Wissenschafts- und Entwicklungspolitik. Über die Programme des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) sind über Jahrzehnte langfristige Partnerschaften mit Hochschulen in Afrika, Asien, Lateinamerika und dem Nahen Osten entstanden, die nicht nur einzelne Studierende fördern, sondern ganze Institutionen durch neue Studiengänge, gemeinsame Forschung, stärkeres Hochschulmanagement und belastbare Netzwerke stärken. Dieser Ansatz ist nachweislich wirksam: Mit vergleichsweise geringen Mitteln bauen diese Programme langfristig wirkende Strukturen auf, die aus dem regulären Hochschulhaushalt nicht gegenfinanziert werden können (Evaluation der DAAD-Hochschulpartnerschaften 2009 bis 2019, abrufbar unter: https://static.daad.de/media/daad_de/der-daad/kommunikation-publikationen/daadevaluationpartnerschaftsprogrammesummaryde.pdf). Die strategische Bedeutung dieser Programme zeigt sich auch darin, dass insbesondere China, Russland und die Türkei den akademischen Austausch mit Ländern des Globalen Südens gezielt intensivieren und als Instrument ihrer Außenpolitik einsetzen, um geostrategisch ihren Einfluss auszubauen (vgl. DAAD-Policy Brief „Akademischer Austausch als Instrument geostrategischer Einflussnahme“, Juni 2026).

Nach aktuellen Plänen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) sollen bis 2031 alle DAAD-Programme zur Hochschulkooperation mit Ausnahme eines Alumni-Programms eingestellt werden. Gleichzeitig laufen Programme aus, die bislang aus Sonderinitiativen des BMZ gefördert wurden. Im Jahr 2025 wurden die betroffenen Programme noch mit rund 25 Mio. Euro jährlich gefördert. In den vergangenen fünf Jahren erreichten sie rund 120 000 Menschen in über 70 Ländern, an denen rund 450 Partnerhochschulen und Partnerinstitutionen beteiligt waren. Thematisch arbeiteten die Programme an Zukunftsfragen wie Energieversorgung, Wassermanagement, Gesundheit und Digitalisierung (vgl. DAAD-Pressemitteilung vom 20. Mai 2026; Entschließung der DAAD-Mitgliederver-

---

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung vom 7. September 2026 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

sammlung vom 23. Juni 2026). Renommierte deutsche Hochschulen – darunter die Technische Universität Berlin, die Universität Bielefeld, die Universität Potsdam und viele weitere – haben in Stellungnahmen beschrieben, was die Beendigung für sie konkret bedeutet: den Verlust jahrelang aufgebauter Partnerschaften, die Unterbrechung laufender Projekte und den Wegfall wissenschaftlicher Netzwerke, die nicht kurzfristig wiederhergestellt werden können. Das BMZ hat erklärt, seine künftige DAAD-Förderung auf Stipendienprogramme konzentrieren zu wollen (Antwort der Bundesregierung auf die Schriftliche Frage 151 der Abgeordneten Claudia Roth auf Bundestagsdrucksache 21/6244). Stipendien fördern jedoch individuelle Bildungswege, während Hochschulkooperationsprogramme darüber hinaus institutionelle Kapazitäten in den Partnerländern aufbauen – durch Curricula-Entwicklung, Qualitätssicherung, Forschungsinfrastrukturen und dauerhafte Vernetzung. Dieser strukturelle Wirkungskanal lässt sich durch Individualförderung nicht ersetzen.

Aus Sicht der Fragestellenden wirft die Entscheidung grundlegende prozedurale Fragen auf. Es ist nach Kenntnis der Fragestellenden nicht erkennbar, dass das BMZ vor seiner Entscheidung eine Folgenabschätzung oder Wirtschaftlichkeitsbetrachtung unter Einbeziehung langfristiger Effekte vorgenommen hat oder andere Bundesressorts einbezogen wurden. Darüber hinaus sehen die Fragestellenden die Entscheidung im Widerspruch zur im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD festgeschriebenen ressortübergreifenden Stärkung des DAAD und zur neuen BMZ-Strategie, die den DAAD als zentralen Partner für Hochschulbildung und Forschung benennt. Paradox erscheint zudem, dass die vom BMZ einberufene entwicklungspolitische Nord-Süd-Kommission stabile Partnerschaften mit Ländern des Globalen Südens zum Ziel erklärt, während ebendiese Partnerschaften gleichzeitig eingestellt werden.

Geopolitisch kommt aus Sicht der Fragestellenden erschwerend hinzu, dass autoritäre Staaten wie Russland oder China Lücken füllen, die durch das außenwissenschaftspolitische Vakuum entstehen, das die Bundesregierung hinterlässt. Zum Vergleich: Im Jahr 2025 bewarben sich über 40 000 Studierende aus Afrika um die rund 5 000 staatlich finanzierten russischen Stipendienplätze. China hat sich vorgenommen, allein zwischen 2025 und 2027 im Rahmen seines Beijing Action Plan 60 000 afrikanische Studierende und 1 000 Forschende ins Land zu holen sowie 30 gemeinsame Forschungslabore zu gründen. Beide Länder setzen akademische Kooperationen gezielt ein, um Einfluss, Netzwerke und politische Loyalitäten in Regionen aufzubauen, in denen Deutschland durch die Einstellung der DAAD-Programme an Präsenz verliert (vgl. DAAD-Policy Brief „Akademischer Austausch als Instrument geostrategischer Einflussnahme“, Juni 2026). Der Academic Freedom Index belegt zudem, dass nur noch knapp 20 Prozent der Weltbevölkerung in Ländern mit geschützter Wissenschaftsfreiheit leben. Ausgerechnet in diesem schrumpfenden globalen Freiraum werden mit den DAAD-Kürzungen Instrumente geschwächt, die institutionelle Offenheit und demokratische Wissenschaftsstrukturen im Globalen Süden stärken.

Parallel dazu liegt die institutionelle Förderung des DAAD im Haushalt des Auswärtigen Amts im Regierungsentwurf für 2027 mit 204,95 Mio. Euro deutlich unter dem Niveau von 2023 (222,0 Mio. Euro) (Regierungsentwurf Bundeshaushalt 2027).

Vor diesem Hintergrund stellen sich für die Fragestellenden grundlegende Fragen zur Entscheidungsgrundlage, zu den inhaltlichen Folgen und zur strategischen Kohärenz der deutschen Außenwissenschafts- und Entwicklungspolitik.

Vorbemerkung der Bundesregierung

Im Zuge seines Reformprozesses wird das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) seine Fördermittel an den DAAD künftig auf Stipendienprogramme fokussieren. Sie sind Ausdruck ent-

wicklungspolitischer Stärke des DAAD. Stipendienprogramme dienen der Aus- und Weiterbildung insbesondere junger Menschen im Globalen Süden sowie der Qualifizierung von Fach- und Führungskräften in unseren Partnerländern. Sie zeigen eine unmittelbare und zugleich nachhaltige Wirkung und leisten so einen wichtigen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung.

Auch die Förderung von Alumniprogrammen soll fortgesetzt werden. Sie tragen zu Aufbau und Pflege langfristiger Netzwerke mit Partnerländern bei und stärken damit Deutschlands internationale Soft Power. Sie sollen weiterhin aus dem Haushaltstitel „Berufliche Aus- und Fortbildung“ gefördert werden.

Laufende, über das BMZ geförderte Hochschulkooperationsprogramme des DAAD mit Ländern des Globalen Südens, sollen im Rahmen ihrer bewilligten Laufzeit bis zum Jahr 2030 sukzessive auslaufen. Diese Entscheidung ist ein Ergebnis des Reformprozesses, dem sich das BMZ unter Einbeziehung von Erfahrungen und Erkenntnissen aus Gesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft, unterzogen hat. Dabei wurde auch die Mittelfristige Finanzplanung des Bundes für den Einzelplan 23 berücksichtigt.

Die DAAD-Förderungen des Auswärtigen Amts (AA) und des Bundesministeriums für Forschung, Technologie und Raumfahrt (BMFTR), die auch Programme mit Ländern des Globalen Südens enthalten, sind davon nicht betroffen.

1. Welche konkreten DAAD-Programme im Zuständigkeitsbereich des BMZ sind von den Kürzungen betroffen (bitte einzeln nach Programmname, gefördertem Finanzvolumen und geplanter Auslaufzeit aufschlüsseln), und wie viele Kooperationen mit Hochschulen in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen werden dadurch vorzeitig beendet oder nicht verlängert?

Die im Zuständigkeitsbereich des BMZ geförderten DAAD-Programme werden im Rahmen ihrer bewilligten Laufzeit umgesetzt. Es finden keine Kürzungen statt.

2. Hat die Bundesregierung vor der Entscheidung, die DAAD-Hochschulkooperationsprogramme auslaufen zu lassen, eine Folgenabschätzung vorgenommen, in der kurzfristige Einspareffekte den langfristigen Folgen für Deutschlands außenwissenschaftliche und entwicklungspolitische Beziehungen gegenübergestellt wurden, wenn ja, mit welchem Ergebnis, und wenn nein, warum nicht?

3. Hat die Bundesregierung eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung durchgeführt, die über kurzfristige Einsparungen hinaus auch langfristige Effekte für Wissensaufbau, Fachkräfteentwicklung und internationale Partnerschaften einbezieht, und wenn ja, mit welchem Ergebnis?

Die Fragen 2 und 3 werden gemeinsam beantwortet.

Es wird auf die Vorbemerkung der Bundesregierung verwiesen.

4. Wurden der DAAD, die Hochschulrektorenkonferenz sowie betroffene Hochschulen vor der Entscheidung über das Auslaufen der Programme konsultiert oder informiert, und wenn ja, in welcher Form, und mit welchem zeitlichen Vorlauf, und welche anderen Bundesressorts – insbesondere das Auswärtige Amt, das Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt sowie das Bundeskanzleramt – wurden in den Entscheidungsprozess einbezogen?

Die Entscheidung erfolgte im Rahmen des Reformprozesses in der Ressortzuständigkeit des BMZ. Im Übrigen wird auf die Vorbemerkung der Bundesregierung verwiesen.

5. In welchen konkreten thematischen Bereichen und Zielregionen werden durch das Auslaufen der BMZ-Programme Hochschulkooperationen beendet (bitte nach Programm und Region, insbesondere für die Bereiche Energieversorgung, Wassermanagement, Gesundheit und Digitalisierung, aufschlüsseln)?

Im Rahmen des DIES-Programms (Dialogue on Innovative Higher Education Strategies) werden bis 31. Dezember 2030 Projekte in Subsahara-Afrika, Asien, Lateinamerika und im pazifischen Raum durchgeführt. Sie zielen auf eine Verbesserung des Managements an Hochschulen im Globalen Süden ab, indem Trainingskurse zu Bereichen wie Leitungs- und Führungsaufgaben, Qualitätssicherung und Internationalisierung angeboten werden.

Im Rahmen des Exceed-Programms (Hochschulexzellenz in der Entwicklungszusammenarbeit) werden bis 31. Dezember 2029 Projekte in Subsahara-Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost, Nordafrika und im pazifischen Raum durchgeführt. Diese sollen zur Vernetzung von deutschen Hochschulen mit denen des Globalen Südens beitragen, um der Erfüllung der 17 SDGs zu dienen, darunter insbesondere auch zu den Bereichen nachhaltige Energien (SDG 7) und Gesundheit (SDG 3).

Im Rahmen des Programms SDG-Partnerschaften werden bis 31. Dezember 2029 Projekte in Subsahara-Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost, Nordafrika, im pazifischen Raum und Südosteuropa durchgeführt. Es werden Studiengänge mit SDG-Bezug gefördert, darunter insbesondere auch zu den Bereichen Gesundheit, Wassermanagement und nachhaltige Energien.

6. Wie bewertet die Bundesregierung die Ergebnisse bisheriger Evaluierungen der DAAD-Hochschulkooperationsprogramme, insbesondere der Portfolioanalyse und Evaluation der DAAD-Hochschulpartnerschaften 2009 bis 2019 (abrufbar unter: https://static.daad.de/media/daad_de/der-daad/kommunikation-publikationen/daadevaluationpartnerschaftsprogrammesummaryde.pdf), im Hinblick auf die Entscheidung, diese Programme auslaufen zu lassen?

Evaluierungen tragen zur faktenbasierten Erfolgskontrolle in der Umsetzung von politischen Konzepten bei und sind daher grundsätzlich fester Bestandteil von Entscheidungsprozessen im BMZ. Die Fokussierung der BMZ-Fördermittel für den DAAD auf Stipendien- und Alumniprogramme erfolgte auf Grundlage einer umfassenden konzeptionellen und strukturellen Neuaufstellung des BMZ im Zuge seines Reformprozesses.

7. Wie verträgt sich die Entscheidung zum Auslaufen der DAAD-Hochschulkooperationsprogramme mit der im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD festgeschriebenen ressortübergreifenden Stärkung des DAAD sowie mit der neuen BMZ-Strategie, die den DAAD als zentralen Partner für Hochschulbildung und Forschung benennt?

Der DAAD ist und bleibt wichtiger und geschätzter Partner der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Mit der BMZ-Reform soll diese partnerschaftlicher, strategischer und fokussierter aufgestellt werden. Dazu dient auch die Fortsetzung von Stipendien- und Alumniprogrammen.

8. Sieht die Bundesregierung einen Widerspruch zwischen der Einstellung der DAAD-Hochschulkooperationsprogramme und dem Auftrag der vom BMZ einberufenen entwicklungspolitischen Nord-Süd-Kommission, stabile Partnerschaften mit Ländern des Globalen Südens aufzubauen und zu erhalten, und wie erklärt sie diesen Widerspruch gegebenenfalls?

Nein. Die Entwicklungspolitische Nord-Süd-Kommission (ENSK) ist eine Initiative der deutschen Bundesregierung, sie wird aber als international besetztes Gremium arbeiten. Das im BMZ angesiedelte Sekretariat unterstützt die Arbeit der Kommission. Die ENSK befindet sich derzeit in ihrer konstituierenden Phase. Sie soll entwicklungspolitische Empfehlungen für die Bundesregierung erarbeiten, um die Zusammenarbeit mit dem sogenannten Globalen Süden zu entwicklungspolitischen Fragen neu auszurichten.

9. Wie bewertet die Bundesregierung die Auswirkungen der Kürzungen bei den DAAD-Hochschulkooperationsprogrammen auf den Forschungs- und Innovationsstandort Deutschland, insbesondere mit Blick auf den Zugang deutscher Hochschulen zu internationalen Forschungsnetzwerken, zu wissenschaftlichen Talenten sowie zu Forschungsdaten und Forschungsexpertise aus dem Globalen Süden?

Eine strukturierte Förderung der internationalen Hochschulkooperation, wie zum Beispiel in Form von Hochschulkooperationsprogrammen, ist grundsätzlich ein nachhaltiger Weg für langfristig gefestigte bilaterale Wissenschaftskooperationen mit großer Hebelkraft für den Aufbau internationaler Forschungsnetzwerke, die Gewinnung wissenschaftlicher Talente sowie dem Zugang zu Forschungsdaten und -expertise aus dem Globalen Süden. Insofern können Abstriche bei Kooperationsprogrammen diese Hebelkraft grundsätzlich einschränken. Gerade in Zeiten geopolitischer Umbrüche ist es von Vorteil, die internationale Zusammenarbeit regional zu diversifizieren, so wie bereits in der Strategie der Wissenschaftsministerinnen und Wissenschaftsminister von Bund und Ländern zur Internationalisierung der Hochschulen in Deutschland (2024 bis 2034) festgehalten.

10. Welche Staaten – insbesondere China, Russland, die Türkei und die Golfstaaten – bauen nach Kenntnis der Bundesregierung ihr wissenschaftliches und akademisches Engagement in denselben Regionen und Themenfeldern aus, aus denen sich Deutschland durch die Einstellung der DAAD-Programme zurückzieht, und wie bewertet die Bundesregierung das Risiko, dass Deutschland dadurch dauerhaft an wissenschaftlichem und außenpolitischem Einfluss in diesen Regionen verliert?

Die Bundesregierung verfolgt die Entwicklungen in den betreffenden Regionen und Themenfeldern aufmerksam. Es ist festzustellen, dass Russland und China

ihren Einfluss in Afrika im Bereich des wissenschaftlichen und akademischen Engagements ausbauen. Durch die Fokussierung der DAAD-Förderungen des BMZ auf Stipendien- und Alumniprogramme sollen internationale Netzwerke, darunter in Afrika, weiter auf- und ausgebaut werden, und so auch zur Sicherung deutscher Interessen beitragen.

11. Wie bewertet die Bundesregierung die strategische Bedeutung der Deutsch-Mongolischen Hochschule für Rohstoffe und Technologie (DMHT) vor dem Hintergrund der deutschen Rohstoffstrategie und des Ziels, Abhängigkeiten von China bei kritischen Rohstoffen zu verringern, und welche Auswirkungen hätte eine Beendigung der Förderung auf Deutschlands Zugang zu mongolischen Rohstoffvorkommen sowie auf die Ausbildung dortiger Fachkräfte?

Die Deutsch-Mongolische Hochschule für Rohstoffe und Technologie (DMHT) mit ihrer praxisorientierten Ausbildung von Ingenieurinnen und Ingenieuren leistet einen wichtigen Beitrag zur Fachkräfteentwicklung im rohstoff- und techniknahen Bereich. Als Teil der deutsch-mongolischen Rohstoffpartnerschaft zielt die Zusammenarbeit mit der Hochschule auf nachhaltigen Kapazitätsaufbau und eigenständige mongolische Wertschöpfung im wichtigen Rohstoffsektor und damit einen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung der Mongolei als Ziel der Partnerschaft. Zur Bedeutung kritischer Rohstoffe und seltener Erden aus der Mongolei für die deutsche Versorgungssicherheit vgl. die Antwort der Bundesregierung zu Frage 6 der Kleinen Anfrage der Fraktion der AfD auf Bundestagsdrucksache 21/5993. Hinsichtlich möglicher Auswirkungen einer Beendigung der Förderung wird auf die Antwort zu Frage 12 verwiesen.

12. Sieht die Bundesregierung die Gefahr, dass bei einem deutschen Förderrückzug aus der akademischen Ausbildung mongolischer Fach- und Führungskräfte im Rohstoffsektor andere Akteure – insbesondere China oder Russland – die entstehende Lücke füllen, und welche Konsequenzen hätte dies für Deutschlands Position im Wettbewerb um Rohstoffpartnerschaften in der Mongolei?

Die Förderung der Hochschule durch die Bundesregierung erfolgt in Form von DAAD-Stipendien, der Finanzierung einer DAAD-Dozentur, durch ein Vorhaben der bilateralen Technischen Zusammenarbeit zur Hochschulentwicklung sowie durch den Bau eines Multifunktionsgebäudes zu Lehr- und Forschungszwecken (bilaterale Finanzielle Zusammenarbeit). Die Hochschule ist jedoch nicht Teil eines DAAD-Hochschulkooperationsprogramms im Sinne dieser Kleinen Anfrage und damit auch nicht von einem Auslaufen bestehender Programme betroffen.

13. Wie bewertet die Bundesregierung die Bedeutung von Projekten wie SOLID (Strengthening Social Work for Addiction & Health in Central Asia and China), koordiniert durch die Technische Hochschule Nürnberg mit Partnerhochschulen in Kasachstan, Kirgisistan, Usbekistan und China, für die Umsetzung der Zentralasienstrategie der Bundesregierung im Rahmen des C5+1-Formats, und sieht sie die Gefahr, dass durch die BMZ-Kürzungen die Nachhaltigkeit solcher Projekte und der von ihnen aufgebauten akademischen Strukturen in den Partnerländern gefährdet wird?

Die Umsetzung des genannten Projektes erfolgt im Rahmen des Exceed-Programms und wird in diesem Rahmen planmäßig noch bis zum Ende des Jahres

2029 umgesetzt. Die beteiligten Hochschulen erhalten so genügend Zeit, um ihre Partnerschaften nachhaltig zu sichern, flankiert von der zukünftig geplanten Fortsetzung der Stipendien- und Alumniprogramme aus Fördermitteln des BMZ.

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co. KG, Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.bundesanzeiger-verlag.de
ISSN 0722-8333